

P r o t o k o l l
 über die öffentliche Sitzung
 des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
 der Stadt Georgsmarienhütte vom 29.10.2013
 Antoniusschule, Sutthäuser Straße 31, Verwaltungstrakt im Erdgeschoss,

Anwesend:

Vorsitzender

Grottendieck, Jürgen

Mitglieder

Dierker, Annalena	ab TOP 3 anwesend
Düssler, Frank	
Funke, Petra	
Haskamp, Clemens Dr.	
Lüchtemfeld, Johanna	
Noureldin, Nabil Dr.	
Olbricht, Jutta	
Pesch, Karl-Heinz	Vertreter für Herrn Laermann
Ruthemeyer, Christoph	
Schmechel, Peter	
Schmeing-Purschke, Ulrike	
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich	

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar	Bürgermeister, anwesend ab TOP 4, 18:15h
Happe, Cordula	Fachbereichsleiterin III
Pohlmeyer, Michael	Abteilungsleiter 40
Hornstein, Anton	städt. Architekt
Belling, Christian	Stabstelle des Bürgermeisters
Schulte, Monika	Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführer/in

Riemann, Jessica

Hinzugewählte

Gervelmeyer, Jörg
 Reinhardt, Mark

Fehlende Mitglieder

Laermann, Reimund

Fehlende Hinzugewählte

Abeln, Friederike
 Glasmeyer, Jacqueline
 Petersmann, Claudia

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/07/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 12.09.2013
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
4.	Entwurf der Richtlinien des kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Georgsmarienhütte (Behindertenbeirat) Vorlage: BV/194/2013
5.	IT in Schulen - Sachstandsbericht
6.	Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2014 - Einrichtung einer integrativen Krippengruppe Vorlage: BV/191/2013
7.	Änderung der Richtlinien zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Verwaltungsausschuss, dem Fachausschuss und dem Bürgermeister für das Produkt Kindertagesstätten zum 01.12.2013 Vorlage: BV/192/2013
8.	Antrag der Grundschule am Drosselstieg 17 auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule Vorlage: BV/190/2013
9.	Konzept der Grundschulen und der Förderschule Comeniuschule der Stadt Georgsmarienhütte "Sozialkompetenz stärken" - mündlicher Vortrag von Herrn Göbel, Schulleiter Antoniusschule
10.	Sportförderung in der Stadt Georgsmarienhütte - Neufassung der Sportförderrichtlinien Vorlage: BV/196/2013
11.	Museum Villa Stahmer - Brandschutzmaßnahmen
12.	Aufstellen eines öffentlichen Bücherschranks auf dem Roten Platz - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Vorlage: BV/195/2013

- 13. Anfragen
- 14. Beantwortung von Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Grottendieck eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 10.10.2013 werden inhaltlich keine Anmerkungen vorgetragen. Der Tagesordnungspunkt 12 (Entwurf der Richtlinien des kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Georgsmarienhütte) wird in der Beratungsfolge vorgezogen und nach TOP 3 (Wichtige Mitteilungen der Verwaltung) behandelt. Anschließend folgt die Beratung von TOP 8 (IT in Schulen - Sachstandsbericht). Der TOP 13 (Beantwortung von Anfragen) wird nach TOP 14 (Anfragen) behandelt. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/07/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 12.09.2013

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer merkt an, dass er in der letzten Sitzung unter TOP 11 nicht lediglich „nach dem Stand der Dinge“ bezüglich der Lüftungsanlage in der Sporthalle Holzhausen gefragt hatte, sondern konkret um einen Lösungsvorschlag gebeten hatte. Da die Beantwortung der Anfrage in der heutigen Sitzung möglich ist (siehe TOP 14), verzichtet er auf eine Änderung des Protokolls.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/06/2013 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 12.09.2013 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

- **Elternbefragung zu den schulischen Entwicklungen des Landkreises Osnabrück**
hier: Sonderauswertung der Stadt Georgsmarienhütte

Der Landkreis Osnabrück hat biregio beauftragt, eine Befragung der Eltern aller Grundschüler im Jahrgang 1 – 3 durchzuführen. Alle Eltern sind nach ihren

Einstellungen und zu den von ihnen für ihr Kind favorisierten Schulen und schulischen Positionen befragt worden. Die Ergebnisse der Befragung sind von biregio in der Sitzung des Kreistages des Landkreises Osnabrück am 30.09.2013 vorgestellt und in der Sitzung des Bildungsausschusses des Landkreises am 21.10.2013 erörtert worden. Die Kreisverwaltung hat hierzu ihre Eckpunkte vorgestellt. In der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses am 05.12.2013 wird die Kreisverwaltung einen Vorschlag zur Schulentwicklungsplanung einbringen, der am 16.12.2013 vom Kreistag verabschiedet werden sollen.

Der Stadt liegt die Sonderauswertung für die Stadt Georgsmarienhütte vor. Diese Auswertung wird allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung regt an, Anfang 2014 auch auf der Grundlage der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Osnabrück die Schulstrukturdiskussion für Georgsmarienhütte fortzuführen.

- **Projekt „Schulbegleiter“**

Mit Schreiben vom 23.08.2013 hat die Regenbogenschule die Weiterführung des Projektes „Schulbegleiterin“ beantragt. Dieses Projekt wird vom Landkreis Osnabrück zeitlich befristet bis zum 31.12.2013 durchgeführt und aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. An der Regenbogenschule ist eine Schulbegleiterin mit einer 0,75 – Stelle eingesetzt.

Der Landkreis Osnabrück wird ab 01.01.2014 an 11 ausgewählten Grundschulen, so auch der Regenbogenschule, das Projekt „Sozialpädagogen an Schulen“ starten.

- **Gestaltung des Schulhofs der Michaelisschule**

Mit Schreiben vom 22.10.2013 hat die Michaelisschule die Entwicklung eines Konzeptes für die Gestaltung des Schulhofes beantragt. Die Verwaltung wird zunächst in Abstimmung mit der Michaelisschule eine Teilfläche des Schulhofes neu planen und gestalten, die von erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht (Treppenanlage) und Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes (Errichtung eines zweiten Flucht- und Rettungsweges für das Obergeschoss der Grundschule durch eine Außentreppe) betroffen ist.

- **VFL Kloster Oesede e.V. – Tennisabteilung**

Mit Schreiben vom 03.10.2013 hat der VFL Kloster Oesede – Tennisabteilung – einen Zuschuss für die Sanierung des Dachs des Vereinsheims beantragt. Die Gesamtkosten betragen rd. 42.000 €. Dieser Antrag ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 im Kontext mit den Sportförderrichtlinien zu beraten.

Entsprechend dem Antrag des Sportvereins wird die Stadt dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zustimmen. Aus dieser Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn kann keine finanzielle Verpflichtung der Stadt hergeleitet werden.

- **Schwimmverein Georgsmarienhütte e.V.**

Mit Schreiben vom 01.10.2013 beantragt der Schwimmverein Georgsmarienhütte e.V. eine Kostenbeteiligung für das Teutoburger Waldschwimmfest im Panoramabad auf der Basis der vereinbarten Kostenbeteiligung von 5 % für den Verein. Dieser Antrag umfasst auch rückwirkend die Nutzungen für 2011 und 2013, über die die Stadtwerke Rechnungen über je 1.500 € an den Schwimmverein ausgestellt haben. Diese Thematik ist ebenfalls im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 im Kontext mit den Sportförderrichtlinien zu beraten.

- **Turnverein Gut Heil e.V. Georgsmarienhütte**
Mit Schreiben vom 25.10.2013 beantragt der TVG die Sanierung der leichtathletischen Anlagen Rehlberg. Dieser Antrag ist ebenfalls im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 im Kontext mit den Sportförderrichtlinien zu beraten.
- **Seniorenachmittage 2013**
Die Seniorenachmittage finden auch in diesem Jahr wieder im „Café am Kasinopark“ am Dienstag und Mittwoch, 29./30. Oktober und 5./6. November, jeweils in der Zeit von 15.00 bis 18.00 Uhr, statt.
- **Sitzung des Fachausschusses III am 14.11.2013**
Im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden wird die Sitzung am 14.11.2013 nicht stattfinden. Zu einer Sondersitzung am 07.11.2013 ist der Fachausschuss III eingeladen worden. Der Ausschuss tagt erneut am 05.12.2013.
- Die Gleichstellungsbeauftragte Monika Schulte weist auf das Frauenforum am 02.11.2013 im Rathaus und den Aktionstag des lokalen Bündnisses für Familie am Sonntag, den 18. Mai 2014 im Kasinopark hin.

4. Entwurf der Richtlinien des kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Georgsmarienhütte (Behindertenbeirat) Vorlage: BV/194/2013

Ausschussmitglied Frau Olbricht betrachtet die Einrichtung eines Behindertenbeirates als positive Entwicklung in Georgsmarienhütte. Sie sieht lediglich ein Problem darin, dass in § 6 Abs. 4 der Richtlinien die Höhe des Budgets nicht genannt wird.

Abteilungsleiter Michael Pohlmeier erläutert, dass dieses, analog dem Budget des Präventionsrates, erst in den Haushaltsberatungen beschlossen werden müsse.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp bittet darum, dass auch Ratsmitglieder im Behindertenbeirat vertreten sind, als Rückkopplung zur Politik. Außerdem sollte in § 6 Abs. 1 nur der Fachausschuss als Gremium, an das der Behindertenbeirat sich wenden kann auftauchen, nicht auch Verwaltung und Rat. Zudem regt er an, dass der Behindertenbeirat regelmäßig an den Sitzungen des Fachausschusses teilnimmt und die neuen Richtlinien zunächst für ein Jahr festgeschrieben werden und anschließend ggf. überarbeitet. Er spricht sich gegen die explizite Nennung eines Betrages in § 6 Abs. 4 aus, sondern schlägt die Formulierung „in den Haushaltsberatungen festgelegtes Budget“ vor.

Auch Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer spricht sich gegen die Nennung eines Budgets aus, da die Richtlinien immer geändert werden müssten, sobald das Budget sich ändert.

Herr Poggemann, Sprecher des „Forums für Menschen mit Behinderungen in Georgsmarienhütte“, spricht sich gegen Mitglieder aus der Politik im zukünftigen Behindertenbeirat aus. Hier sollten nur Fachleute vertreten sein, die sich an die Politik bzw. die Stadt Georgsmarienhütte wenden, wenn es notwendig wird.

Ausschussmitglied Herr Düssler stellt die Frage nach der demokratischen Legitimation des Behindertenbeirates.

Fachbereichsleiterin Frau Happe verweist in diesem Zusammenhang auf § 3 Abs. 5 der Richtlinien und Abteilungsleiter Herr Pohlmeier ergänzt, dass es hier auch im weitesten

Sinne wieder um die Frage nach Richtlinien oder Satzung gehe. In der letzten Sitzung wurden Richtlinien favorisiert. Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer ergänzt, dass eine kommunal-verfassungsrechtliche Prüfung durch die Verwaltung erfolgt ist und somit dort kein Problem besteht.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass die Mitglieder des Behindertenbeirates nicht gewählt werden, sondern, analog zu den Seniorenbetreuern, dem Bürgermeister Vorschläge unterbreitet werden, aus denen er Mitglieder in den Behindertenbeirat beruft. Herr Poggemann ergänzt in diesem Zusammenhang, dass eine Wahl der Mitglieder nicht optimal sei, weil dadurch nicht alle Arten der Behinderungen im Behindertenbeirat vertreten sein könnten; jenes wäre aber das angestrebte Ziel, damit keine Benachteiligungen für Gruppen von Menschen mit bestimmten Behinderungen entstehen.

Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke möchte wissen, wer der 1. Behindertenbeirat sein wird.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert, dass das „Forum für Menschen mit Behinderungen in Georgsmarienhütte“ Personen vorschlägt. Der Bürgermeister wählt aus diesem Personenkreis aus und beruft die ausgewählten Personen ins Amt. Abteilungsleiter Herr Pohlmeier ergänzt, dass es dieses Forum bereits längere Zeit gibt, jedoch seit 2003 nicht mehr getagt wurde. Da das Forum jedoch nicht aufgehoben wurde, kann es dem Bürgermeister Vorschläge unterbreiten.

Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke hofft, dass diese Richtlinien helfen, dass der Behindertenbeirat auch auf Dauer eine Institution bleiben wird.

Herr Poggemann hat in dieser Hinsicht keinerlei Bedenken; seiner Auffassung nach garantieren die Richtlinien eine dauerhafte Einrichtung des Behindertenbeirates.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Herr Grottendieck an Herrn Poggemann die Frage, ob die Richtlinien in dieser Form zweckmäßig und in Ordnung seien. Herr Poggemann bestätigt dies.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Richtlinien zur Bildung und Tätigkeit eines Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) in der Stadt Georgsmarienhütte werden in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Die Richtlinien treten am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.

5. IT in Schulen - Sachstandsbericht

Abteilungsleiter Herr Pohlmeier erläutert kurz den Hintergrund für den Sachstandsbericht durch Herrn Aulenbrock:

In der Sitzung des Finanzausschusses am 18. September 2013 wurden die Mittel der Priorität 2 für die IT-Infrastruktur in Grundschulen und Hauptschulen freigegeben. Es wurde jedoch gewünscht, einen Bericht über die Leistungsfähigkeit der Hard- und Software sowie über die Zufriedenheit der Nutzer zu erhalten.

Herr Aulenbrock ist seit 1998 als Lehrer an der Realschule Georgsmarienhütte und seit Februar 2013 auch der Schulleiter. Er führt aus, dass, solange er an der Schule tätig ist, diese im Bereich IT noch nie so gut ausgestattet war. Es gibt nun drei Computer-Räume, davon einer mit 33 PCs, die anderen beiden mit jeweils 20 Arbeitsplätzen ausgestattet. Ersterer wird für den Unterricht im Klassenverband genutzt, die beiden kleineren Räume eignen sich für Wahlpflichtkurse und Projektgruppen.

Insgesamt wird der Informatikbereich besser angenommen als vorher und Ziele, deren Umsetzung vorher nicht möglich war, wurden erreicht.

Das komplette Kollegium wurde auf die Software geschult; trotz der fachlich und inhaltlich guten Schulungen werden jedoch Nachschulungen notwendig sein.

Das Kollegium lobt die Funktionen der Software, so z.B. die möglichen Reglementierungen vom Rechner des Lehrers aus.

Auch die Betreuung durch die Firma Trading.Point aus Bielefeld läuft reibungslos und wird gut angenommen, so würde sich zurzeit um Probleme beim Internetzugang gekümmert.

Herr Klemme, Lehrer an der Antoniusschule und dort zuständig für IT, betont, dass auch die Antoniusschule baldmöglichst ausgestattet werden möchte. Zurzeit gibt es dort nur einen Raum mit 13 PCs, von denen einer defekt ist. Die Vernetzung ist schlecht und Herr Klemme selbst geht in absehbarer Zeit in den Ruhestand, so dass dort kein Lehrer mehr die IT-Betreuung übernehmen kann.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer erkundigt sich bei Herrn Aulenbrock, wie hoch die Ausfallquote sei und wie schnell Trading.Point im Ernstfall vor Ort wäre.

Herr Aulenbrock kann hier noch keine Erfahrungswerte präsentieren, da das System einwandfrei läuft. Da die Nachrüstungen über Trading.Point aber immer sehr zeitnah vorgenommen worden seien, geht er davon aus, dass dieses auch bei Störungen der Fall sein sollte.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp erkundigt sich bei Herrn Klemme, ob es ein pädagogisches Konzept für die Nutzung der Medien im Grundschulbereich gäbe.

Herr Klemme bestätigt dies; die Kinder sollen mit dem Umgang mit PCs vertraut gemacht werden und diesen kennenlernen. Programme wie die „Lernwerkstatt“ oder Ausstattungen wie das Whiteboard seien hier eine große Hilfe.

Ausschussmitglied Herr Düssler möchte wissen, wie die Wartung des Systems funktioniert. Außerdem fragt er nach der Reaktionszeit von Trading.Point und warum in der Realschule das Internet nicht funktioniert. Des Weiteren schlägt er vor, dass über eine Lösung nachgedacht wird, bei der die Schulen das Internet über die Stromleitung erhalten, wie es bereits erfolgreich in der Antoniusschule geschieht.

Abteilungsleiter Herr Pohlmeier verweist auf den Wartungsvertrag, der mit Trading.Point geschlossen wurde; aus ihm geht die Reaktionszeit hervor. Sichergestellt ist, dass der Unterricht nicht unter Ausfällen der IT leidet. Auch die Sicherheit stelle kein Problem dar, da alle Daten über ein eigenes Rechenzentrum laufen, welches sich ebenfalls in Bielefeld befindet. Warum das Internet an der Realschule zurzeit nicht funktioniert, ist nicht bekannt, wird aber geprüft. Bezüglich des Internetzugangs über die Stromleitungen sichert Herr Pohlmeier zu, dass diese Vorgehensweise hinterfragt wird, da sie noch nicht in Betracht gezogen wurde. Ein Ingenieurbetrieb wird in allen Schulen prüfen, welche Vernetzungsmöglichkeiten es gibt und welche sinnvoll erscheint.

Ausschussmitglied Herr Schmechel fragt, ob der Internetzugang in der Realschule über Netzwerk oder WLAN erfolgt.

Abteilungsleiter Herr Pohlmeier erklärt, dass der Zugang sowohl über Netzwerk als auch über Access Points und damit über WLAN erfolgt.

Fachbereichsleiterin Frau Happe betont abschließend, dass die Mittel für weitere Maßnahmen freigegeben sind; der Fachausschuss spricht seine Empfehlung dafür aus, weitere Schulen auszustatten.

6. Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2014 - Einrichtung einer integrativen Krippengruppe

Vorlage: BV/191/2013

Fachbereichsleiterin Frau Happe führt aus, dass vor längerer Zeit die Entscheidung getroffen wurde, in der Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland eine 2. Krippengruppe einzurichten, die bei Bedarf als integrative Krippengruppe geführt werden kann. Die Rechtslage ist durch das Inkrafttreten der 2. DVO-KitaG seit dem 01.08.2012 geregelt.

Ab Sommer 2014 liegt ein konkreter Bedarf einer integrativen Betreuung in einer Krippe vor; es handelt sich um ein 2-jähriges Kind, welches einen Rechtsanspruch auf Betreuung hat.

Am 22.10.2013 tagte die Arbeitsgemeinschaft Regionale Integration. In der Sitzung wurde beschlossen, dass die integrative Krippengruppe grundsätzlich der Einzelintegration vorzuziehen ist. Somit ist in der Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland ab Sommer 2014 eine integrative Krippengruppe einzurichten, wenn ein weiteres Krippenkind mit erhöhtem Förderbedarf zur Betreuung angemeldet wird. Die in der Sitzung vertretenen Einrichtungen wünschen sich, falls nötig, einen Ausbau der integrativen Betreuung im Stadtgebiet und sprechen sich für eine baldige Veröffentlichung des Angebotes aus, um die Eltern frühzeitig zu informieren.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp erkundigt sich, ob Investitionen für die Einrichtung einer Integrativ-Krippengruppe in Lummerland zu tätigen wären. Außerdem stellt er die Frage, wie verfahren wird, wenn ein Bedarf einer integrativen Krippen-Betreuung in einem anderen Stadtteil als Oesede vorliegt.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert, dass durch die bereits gegebenen Voraussetzungen in der Integrativ-Kindertagesstätte Lummerland keine Investitionen nötig wären, um dort eine Integrativ-Krippengruppe einzurichten.

Sollten weitere Bedarfe an der Betreuung in einer integrativen Krippengruppe deutlich werden, erfolgt zunächst eine Verweisung an Lummerland. Dort können in der integrativen Krippengruppe 2 bis 3 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf integrativ betreut werden.

Liegt der Bedarf höher als Plätze in der Integrativ-Krippengruppe vorhanden sind, wird über die Ausweitung des Angebotes beraten. Dieses Vorgehen ist analog zum Verfahren für integrative Kindergarten-Gruppen. Dort wurde in der Kindertagesstätte St. Georg mit der Einrichtung einer Integrationsgruppe begonnen und bedarfsorientiert das Angebot in der Integrativ Kindertagesstätte Lummerland ausgeweitet.

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied Herrn Trimpe-Rüschemeyer, wer den Förderbedarf bei den Kindern feststellt, antwortet Frau Happe, dass eine amtsärztliche Feststellung hierüber vorliegen muss.

In diesem Zuge erklärt sie außerdem, dass eine Einzelintegration auch deshalb problematisch ist, weil der Förderbedarf bei Kleinkindern nur schwer feststellbar sei. Oft sei unklar, ob es sich um einen Förderbedarf oder lediglich um eine Entwicklungsverzögerung handele. Wäre ein Kind beispielsweise bereits in einer Krippengruppe und der Förderbedarf würde anschließend festgestellt, so sei ein nachträgliches Absenken der Platzzahl und damit eine integrative Betreuung nicht mehr möglich. Es wäre daher ratsam, eine integrative Krippengruppe zu haben, in der noch ein Platz frei ist, um dorthin verweisen zu können.

Ausschussmitglied Frau Olbricht erkundigt sich, ob bei den Neubauten des 3-Freunde-Kindergartens und des Kindergartens St. Johannes Vianney auch an die Einrichtung integrativer Krippengruppen gedacht worden sei. Außerdem spricht sie der Arbeitsgemeinschaft Regionale Integration ihren Dank aus.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass die Neubauten durchaus barrierefrei geplant werden, so dass die baulichen Gegebenheiten bestehen. Die erforderliche Ausstattung fehlt. Im Gegensatz zu Lummerland gebe es auch keine Therapieräume z.B. für den Besuch von Logopäden. Diese werden in Lummerland vorgehalten, da dort bereits 12 integrative Kindergartenplätze existieren.

Abschließend lobt Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer die gute Arbeit, die hier von Seiten der Verwaltung geleistet wird. Auch kreisweit sei die Stadt Georgsmarienhütte in diesem Bereich Vorreiter.

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Regionale Vereinbarung für die Stadt Georgsmarienhütte zur gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten wird vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeitsgemeinschaft Regionale Integration in anliegender Form fortgeschrieben.

Das Betreuungsangebot der integrativen Krippengruppe Lummerland wird unverzüglich im „Blickpunkt“ und in der NOZ vorgestellt.

7. Änderung der Richtlinien zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Verwaltungsausschuss, dem Fachausschuss und dem Bürgermeister für das Produkt Kindertagesstätten zum 01.12.2013 Vorlage: BV/192/2013

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp äußert Bedenken, dass die Haushaltsansätze überschritten werden, sollte der Bund bzw. das Land keine zusätzliche Betriebskostenförderung im Bereich der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen gewähren und stattdessen die Stadt Georgsmarienhütte eine ergänzende Förderung zur Verfügung stellen (siehe unter II.1. den geänderten 4. Punkt der Maßgaben).

Fachbereichsleiterin Frau Happe stellt klar, dass es hier im Budget des Produktes Kindertagesstätten wohl keine Probleme geben wird, da die erhöhte Finanzhilfe einen wesentlichen Anteil der Mehrkosten deckt..

Ausschussmitglied Frau Olbricht betrachtet diese Einsparung von Verwaltungsaufwand als richtigen Schritt, während Ausschussmitglied Herr Düssler die Entscheidungsgewalt in dieser Angelegenheit nicht aus dem Ausschuss geben möchte.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert den Hintergrund für die Änderung der Richtlinien zur Abgrenzung der Zuständigkeiten. Der Abgleich der Doppelanmeldungen erfolgt im Februar. Anschließend müssen die zuständigen politischen Gremien über diese Angelegenheit beraten, so dass durch diese Verzögerung die Eltern erst später Planungssicherheit bekommen. Eine Entscheidung durch den Bürgermeister würde zeitnah erfolgen und sei daher für die Eltern wünschenswert.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer ergänzt zudem, dass der Fachausschuss auch zukünftig in der Angelegenheit auf dem Laufenden gehalten und Informationen erhalten wird.

Bürgermeister Herr Pohlmann fügt abschließend hinzu, dass dieser Wunsch aus der Politik über die Träger in die Verwaltung getragen wurde. Es gehe hier vornehmlich um die Bürgerorientierung.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Richtlinien zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Verwaltungsausschuss, dem Fachausschuss und dem Bürgermeister für das Produkt Kindertagesstätten werden in anliegender Form zum 01.12.2013 verändert.

**8. Antrag der Grundschule am Drosselstieg 17 auf
Einrichtung einer offenen Ganztagschule
Vorlage: BV/190/2013**

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp betont die positive Entwicklung im Bereich der offenen Ganztagschulen; dem Ziel, alle Grundschulen als offene Ganztagschulen zu führen, wäre man somit wieder einen Schritt näher.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Die Stadt stimmt dem Antrag der Grundschule am Drosselstieg 17 auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule gem. Nr. 2.4.1 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ in Verbindung mit Nr. 8.2 zu.

**9. Konzept der Grundschulen und der Förderschule
Comeniusschule der Stadt Georgsmarienhütte
"Sozialkompetenz stärken"
- mündlicher Vortrag von Herrn Göbel, Schulleiter
Antoniusschule**

Herr Göbel erläutert anhand einer Power Point Präsentation das Konzept „Sozialkompetenz stärken“ der Grundschulen der Stadt Georgsmarienhütte und der Förderschule Comeniusschule.

Im Anschluss entsteht auf die Frage von Ausschussmitglied Herrn Ruthemeyer, wie die Schulleiter Herr Göbel und Herr Reinhardt die Abschaffung der Schulform Förderschule pädagogisch bewerten würden, eine rege Diskussion.

Herr Reinhardt betont, dass die Eltern sich die Beschulung an einer Förderschule für ihre Kinder wünschen. Eine Verteilung der Förderschulpädagogen auf andere Schulformen sei im Rahmen der Inklusion ein ineffektives Vorgehen und hätte den Verlust von gebündelter Kompetenz zur Folge. Gerade in Georgsmarienhütte hätten im Rahmen der Elternbefragung durch den Landkreis 90% der Eltern für die Förderschule gestimmt; im gesamten Kreisgebiet waren es lediglich 50%.

Herr Göbel schließt sich den Ausführungen seines Kollegen an. Auch nach seiner Auffassung muss das Kompetenzzentrum Förderschule in der bestehenden Form bleiben.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp beantragt, den Punkt „Erhalt der Comeniusschule bzw. der Schulform Förderschule wie sie jetzt besteht“ auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Die Power Point Präsentation von Herrn Göbel und zusätzliche Informationen rund um die einzelnen Projekte sind diesem Protokoll als Anlagen beigefügt.

**10. Sportförderung in der Stadt Georgsmarienhütte -
Neufassung der Sportförderrichtlinien
Vorlage: BV/196/2013**

Ausschussvorsitzender Herr Grottendieck berichtet, dass der Arbeitskreis Sportförderung in den letzten Monaten insgesamt sechsmal getagt hat, um die Richtlinien für die Tennisvereine und die sonstigen Sportvereine zusammenzuführen. Im Wesentlichen ging es darum, die Sportfördermittel nicht mehr nach Anzahl jugendlicher Mitglieder - ohne die anschließende Verwendung zu kennen - auszuschütten sondern darum, die Gelder zukünftig einem den Richtlinien entsprechenden sinnvollen Zweck, für alle Vereine gleichberechtigt, einzusetzen. Nachdem die Sportförderrichtlinien nun überarbeitet sind, geht es nicht mehr darum, noch einmal im Ausschuss die Beweggründe, die zu den jetzigen Regelungen geführt haben, im Einzelnen zu diskutieren sondern um die Frage, ob die vom Arbeitskreis erarbeiteten Richtlinien grundsätzlich in der vorliegenden Form mitgetragen werden und wie die Sportförderung im Einzelnen finanziell ausgestattet werden soll. Diese Überlegungen sollen jedoch zunächst noch einmal in den Fraktionen angestellt werden.

Herr Grottendieck informiert als Vorsitzender des Arbeitskreises Sportförderung die Mitglieder des Fachausschusses über die gute Vorbereitung der Arbeitskreissitzungen durch die Verwaltung und die überaus engagierte Mitarbeit der Vertreter aus den Sportvereinen. Im Rahmen der Sitzungen haben die Ratsvertreter einen tiefen Einblick in die Arbeit der Sportvereine bekommen und für alle wurde deutlich, wie komplex dieses Thema ist.

Herr Ruthemeyer bestätigt dies und weist darauf hin, dass die Beratungen dieser Richtlinien in den Fraktionen, die bei den Beratungen auf die Kenntnisse der Ratsmitglieder, die in dem Arbeitskreis Sportförderung mitgearbeitet haben, zurückgreifen können, insbesondere bei der finanziellen Ausstattung noch um eine sportliche Aufgabe handelt.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer begrüßt die Tatsache, dass u.a. in den neuen Richtlinien der Bundesfreiwilligendienst in den Sportvereinen von der Stadt durch einen Zuschuss unterstützt werden soll.

Ausschussmitglied Herr Düssler stellt die Frage, warum in Punkt 2.0 – „Sportgeräte für die Vereinsarbeit“ ein Mindestwert in Höhe von 400,- € brutto für die Anschaffung von Sportgeräten festgelegt wurde.

Abteilungsleiter Herr Pohlmeier erläutert, dass z.B. nicht jedes kleine Theraband bezuschusst werden soll, sondern die Vereine kleine Anschaffungen aus den ihnen aus den Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung stehenden Einnahmen finanzieren sollen. Bei größeren Anschaffungen soll ihnen jedoch eine finanzielle Unterstützung zukommen. Die Gefahr, dass z.B. Fußbälle demnächst alle 400 € und mehr kosten, bestehe nicht, da sich die Vereine bei entsprechend hohen Kosten noch mit einem Anteil von 75 % einbringen müssen. Sollten Auffälligkeiten bestehen, können von Seiten der Verwaltung Preisvergleiche mittels der der Verwaltung zahlreich vorliegenden Kataloge der Sportartikelhersteller vorgenommen werden.

Auf Nachfrage im Ausschuss erläutert Abteilungsleiter Pohlmeier, dass die Kosten für die Sportförderung bei Anwendung der neuen Richtlinien derzeit nur geschätzt werden können bzw. auf Erfahrungswerte basierend hochgerechnet worden sind. Insgesamt wurde ein Gesamtbetrag in Höhe von 187.968,40 € errechnet.

Ausschussmitglied Herr Düssler möchte gerne wissen, was die Stadt Georgsmarienhütte bislang für diese Maßnahmen gezahlt hat. Die Antwort hierauf wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zum Abschluss der Beratungen bittet Herr Pohlmeier darum, dass sich ergebende Fragen im Verlauf der Beratungen in den Fraktionen nicht erst in der nächsten Ausschusssitzung gestellt werden sollten, sondern der Verwaltung bereits vorher vorgelegt werden sollten. Die Beantwortung könne dann eher sichergestellt werden.

11. Museum Villa Stahmer - Brandschutzmaßnahmen

Der städtische Architekt Herr Hornstein berichtet, dass die Ortsbegehungen der Fraktionen im Museum Villa Stahmer stattgefunden haben. Nun sei zu klären, ob die komplette Umsetzung aller Brandschutzmaßnahmen vom Keller bis zum Spitzboden für 168.000 € wie geplant umgesetzt werden soll.

Ausschussmitglied Herr Düssler stellt die Frage, ob im Zuge der Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen es nicht sinnvoll ist, auch Barrierefreiheit und die Vereinbarkeit von Brandschutz und Barrierefreiheit zu prüfen. Herr Hornstein führt aus, dass die Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes entsprechend Brandschutzkonzept und die Barrierefreiheit eines Gebäudes zwei grundsätzlich verschiedene Themen sind, die separat betrachtet werden können. So darf im Brandfall ein Aufzug nicht genutzt werden. Ob ein Fahrstuhl im Museum an- oder eingebaut werden könne, ist in Abstimmung mit der Denkmalpflege zu prüfen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Frau Olbricht bestätigt Herr Hornstein, dass bei Sperrung des 2. Obergeschosses und des Spitzbodens eine Ersparnis von 20.000 – 25.000 € zu erwarten wäre.

Bezüglich der Nutzung der ehemaligen Wohnung wünscht Ausschussmitglied Frau Olbricht sich, dass die Verwaltung, Stabsstelle des Bürgermeister - Kultur -, ein entsprechendes Nutzungskonzept erarbeitet.

Herr Bürgermeister Pohlmann plädiert dafür, im Rahmen der Prüfung der Barrierefreiheit eine Nutzung des 2. Obergeschosses durch einen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer o.ä. mit zu prüfen. Nach Rücksprache mit Inge Becher sieht sie keine Probleme in einer derartigen Nutzung.

Ausschussmitglied Frau Luchtefeld fragt nach dem Zugang für die Büroräume. Bürgermeister Herr Pohlmann erklärt, dass eine Vermarktung der Räume ohne Aufzug umsetzbar wäre und in diesem Zuge über eine neue Zugangskonstellation nachzudenken sei.

Architekt Herr Hornstein spricht sich gegen eine Nutzung als Wohnung aus, da eine Büronutzung aus Sicht des Brandschutzes weniger problematisch sei.

Auch Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp spricht sich für die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Nutzung der leerstehenden Wohnung aus. Außerdem stellt er die Frage, was eingespart werden könnte, wenn die Mischnutzung des Kellers (Paletti und Museum) entfallen würde und somit keine separaten Flucht- und Rettungswege geplant werden müssten. Herr Hornstein schätzt die Ersparnis in dem Fall auf etwa 6.500 € brutto.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer regt an, für Paletti das Kutscherhaus als neue Räumlichkeit zu prüfen. Herr Ruthemeyer kann sich für das Kutscherhaus eine Lösung ähnlich der Klosterpforte vorstellen, also über einen Förderverein / Stiftung.

Er bittet die Verwaltung, dies zu prüfen. Diese Idee unterstützt auch Ausschussmitglied Frau Olbricht.

Da einstimmig die Meinung vertreten wird, dass nach den bisher bereits getätigten Investitionen in die Villa Stahmer eine Nutzung von 2. Obergeschoss und Spitzboden weiterhin gewollt ist, wird das komplette Brandschutzkonzept akzeptiert. Lediglich die nachfolgenden Prüfaufträge für die Verwaltung und die Art der Nutzung der leerstehenden Wohnräume und des Kellers sind zu klären.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Lösung über einen Förderverein / eine Stiftung für das Kutscherhaus möglich ist.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Museum Villa Stahmer mit einem Fahrstuhl ausgestattet werden kann.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Der Maßnahmenkatalog zur Ertüchtigung des vorbeugenden Brandschutzes im Museum Villa Stahmer wird in seiner Gesamtheit zu den kalkulierten Kosten in Höhe von 168.000,00 € brutto umgesetzt.

**12. Aufstellen eines öffentlichen Bücherschranks auf dem Roten Platz - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Vorlage: BV/195/2013**

Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke spricht sich für die Aufstellung eines Bücherschranks aus, jedoch ohne eine finanzielle Beteiligung durch die Stadt. Zudem sei der Standort zu bedenken, da er in direkter Nähe zur Stadtbibliothek liegt.

Ausschussmitglied Frau Olbricht bedankt sich bei Frau Funke für ihr Engagement. Sie findet es gut, dass die Bildungswerkstatt durch Erhalt dieses Auftrags unterstützt wird und spricht sich klar für die Aufstellung eines Bücherschranks aus.

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp betont, dass die Verwaltung zu beschäftigt sei, um sich dauerhaft mit der Angelegenheit zu befassen. Die Suche eines Stellplatzes für den Schrank solle über den Fachbereich IV erfolgen. Er bittet darum, nun abzustimmen.

Ausschussmitglied Herr Dr. Noureldin unterstützt die Idee des Bücherschranks, da es keine Öffnungszeiten wie in der Stadtbibliothek gibt und so Bildung für einen größeren Teil der Bevölkerung gewährleistet würde.

Ausschussmitglied Frau Funke richtet an Herrn Bürgermeister Pohlmann die Frage, ob 2.000 € im Budget der Stabsstelle Kultur für einen Bücherschrank verfügbar wären. Herr Pohlmann bestätigt, dass dieser Betrag zu erwirtschaften wäre.

Ausschussmitglied Herr Dr. Noureldin erklärt sich bereit, 500 € zu spenden, sollte die Abstimmung zugunsten des Bücherschranks verlaufen.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	2

Hinweis: 3 Ratsmitglieder sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Die Verwaltung beauftragt die Bildungswerkstatt Georgsmarienhütte mit dem Bau des „Bücherschranks“, sorgt für die Aufstellung an einem zentralen Ort und stellt mit ehrenamtlich tätigen Personen eine regelmäßige Inspektion und Pflege sicher.

13. Anfragen

Schulbegleiter / Schulsozialarbeiter

Ausschussmitglied Frau Olbricht stellt die Frage, ob auch an anderen Schulen neben der Regenbogenschule Bedarf an Schulsozialarbeitern o.ä. besteht.

Antwort der Verwaltung:

Das Projekt „Schulsozialarbeiter an Schulen“ wird ab Januar lediglich an 11 Schulen im Landkreis Osnabrück durchgeführt, eine davon ist die Regenbogenschule. In Bezug auf Schulsozialarbeiter an den verbleibenden 10 Schulen in Trägerschaft der Stadt Georgsmarienhütte, deren Einsatz sinnvoll und wünschenswert wäre, stellt sich die Frage nach der Finanzierung bzw. Verantwortung dafür und ob dieses durch die Stadt zu leisten ist. Eine zusätzliche Finanzierung der Schulsozialarbeiter wäre, trotz Zuschuss durch den Landkreis, so nicht möglich. Einsparungen an andere Stelle würden dadurch notwendig.

Verbesserungen im Kindergarten-Bereich

Ausschussmitglied Frau Olbricht fragt, ob den Ergebnissen der Elternbefragung des Landkreises Osnabrück entsprechend Wünsche oder Beschwerden von Eltern an die Verwaltung herangetragen wurden, die besagen, dass die Eltern mehr Qualität im Kindergarten wünschen.

Antwort der Verwaltung:

Beschwerden oder Anregungen von Eltern, dass sie mehr Förderung in ihrem Kindergarten erwarten, sind bislang nicht an die Verwaltung herangetragen worden.

Sozialbericht

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erinnert an seine Anfrage nach einem Sozialbericht in Zusammenarbeit mit der Maßarbeit im April oder Mai 2013.

Antwort der Verwaltung:

In 2014 wird ein Bericht für 2013 erstellt. Er sollte vor den Sommerferien vorliegen.

Lutherkirche, Gemeindehaus und Kindergarten als Familienzentrum

Ausschussmitglied Frau Lüchtefeld erkundigt sich nach dem Sachstand.

Antwort der Verwaltung:

Gespräche mit der Kirchengemeinde haben stattgefunden. Für den Bau des Gemeindehauses werden zurzeit Verhandlungen über einen Grundstückstauschvertrag geführt. Die Maßnahme soll 2014 realisiert werden.

Für die Planung des Neubaus einer erweiterten Kindertagesstätte als Familienzentrum werden Mittel in den Entwurf des Haushaltes 2014 veranschlagt.

Krankenhaus

Frau Lüchtefeld erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

Antwort der Verwaltung:

Zu 2015 wird die medizinische Nutzung aufgegeben; es müsse jedoch auch die Entwicklung des Krankenhauses Dissen verfolgt und ggf. darauf reagiert werden.

Warmes Essen in den Schulen

Ausschussmitglied Herr Schmechel fragt, ob alle Kinder an den Ganztagschulen, die warm essen möchten, sich das warme Mittagessen leisten können.

Antwort der Verwaltung:

Durch das Bildungs- und Teilhabepaket sowie den Familienpass ist dieses möglich. Es wird aber an den Schulen eine Abfrage diesbezüglich durchgeführt.

Anbau Sporthalle Glückauf

Ausschussmitglied Herr Schmechel fragt, ob der Anbau an der Sporthalle noch in diesem Jahr begonnen wird.

Antwort der Verwaltung:

Die Entwurfsgenehmigungsplanung läuft derzeit; die kleinere der beiden möglichen Varianten wird in 2014 umgesetzt werden.

Freie Jugendarbeit in Holzhausen

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der freien Jugendarbeit in Holzhausen, da der dafür bestimmte Container bereits abtransportiert worden ist.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Spielplatzsituation in Holzhausen

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer bittet um Informationen bezüglich des Spielplatzoptimierungskonzeptes für den Stadtteil Holzhausen.

Antwort der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachbereich IV weitergegeben.

Beachvolleyballanlage in Holzhausen

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer fragt, ob mittlerweile ein geeignetes Grundstück gefunden wurde.

Antwort der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachbereich IV weitergegeben.

Längere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten

Ausschussmitglied Herr Dr. Haskamp erkundigt sich, ob es Ergebnisse gibt, was die für die Stadt kostenneutrale Einrichtung von einer Schwerpunkt-Kindertagesstätte mit längeren Öffnungszeiten im Stadtgebiet betrifft.

Antwort der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird im Rahmen des Anmeldeverfahrens 2014/2015 geprüft.

14. Beantwortung von Anfragen

Lüftungsanlage der Sporthalle Holzhausen

Architekt Herr Hornstein führt aus, dass es sich hier sowohl um ein technisches als auch um ein organisatorisches Problem handelt: Bei gleichzeitiger Nutzung durch einen intensiven Sport auf der einen und einen ruhigeren Sport auf der anderen Seite sei eine Temperaturregelung, die für beide Seiten als angenehm empfunden wird, nicht möglich. Die Wärme verteilt sich gleichmäßig in der ganzen Halle. Jedoch ist die Heizungsanlage der Sporthalle aus den 70er Jahren. Dieses Thema wird in die Haushaltsberatungen 2014 eingestellt und ein Konzept ist bereits beauftragt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Grottendieck
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Riemann
Protokollführung

- Anlagen:
- Konzept der Grundschulen und der Förderschule Comeniuschule
„Sozialkompetenz stärken“
 - Ausgaben für Sportförderung im Jahr 2012
 - Elternbefragung des Landkreises Osnabrück zu den schulischen Entwicklungen
Sonderauswertung Stadt Georgsmarienhütte